



BRODKORB: Brüderle zu Gesprächen in der Slowakei und Ungarn (13.11.2012)

BRODKORB: Brüderle zu Gesprächen in der Slowakei und Ungarn (13.11.2012)
BERLIN. Zum heute beginnenden Besuch des FDP-Fraktionsvorsitzenden Rainer Brüderle in der Slowakei und Ungarn erklärt die Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Beatrix BRODKORB: Rainer Brüderle, Vorsitzender der FDP-Fraktion im deutschen Bundestag, reist am 13. und 14. November 2012 für politische Gespräche in die Slowakei und nach Ungarn. In der Slowakei wird Brüderle u.a. mit Richard Sulík, Vorsitzender der liberalen Partei SaS und Abgeordneter im Nationalrat der Slowakischen Republik, zusammentreffen. In Ungarn wird Rainer Brüderle u.a. mit dem Ministerpräsidenten Dr. Viktor Orbán und Vertretern der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer sprechen. Zudem finden Gespräche im Außenministerium sowie mit Wirtschaftsvertretern statt.
Rainer Brüderle: "Die Slowakei ist ein wichtiger Partner an der Seite Deutschlands bei der Stabilisierung des Euro. Die Slowaken mussten selber harte Reformen durchführen und vertreten wie wir die Auffassung, dass es keine Alternative zum Sparen gibt und dass Regeln eingehalten werden müssen. In Ungarn wird der Schwerpunkt der Gespräche auf den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn liegen. Thema wird aber sicherlich auch die Rechtsstaatlichkeit bei Fragen wie der Unabhängigkeit der Notenbank, der Justiz und der Datenschutzbehörde sein."
Rainer Brüderle wird bei seiner Reise begleitet von Dr. Martin Lindner, stellvertretender Vorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, sowie Jens Ackermann, Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag.

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichte Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.